

Finanzmarktkrise und globale Rezession – Konjunkturpakete sind nicht genug!

von Eckhard Hein und Achim Truger



Foto: www.pixelio.de; M. Hauck

□ 1. Einleitung

Die entwickelten Industrieländer befinden sich in der schwersten ökonomischen Krise seit der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929 ff. Beginnend mit dem Zusammenbruch des Marktes für zweitklassige Immobilienkredite in den USA im Sommer 2007 und verschärft durch den Kollaps der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 handelt es sich zum einen um eine Finanzkrise, die auf der Grundlage weitgehend unregulierter internationaler Finanzmärkte mittlerweile den gesamten Globus erfasst hat. Zum anderen geht diese Finanzkrise mit einem weltweiten Konjunkturabschwung einher, der in den USA schon vor dem Sommer 2007 einsetzte. Finanzkrise und konjunktureller Einbruch verstärken und vertiefen sich nun wechselseitig, und die Gefahren einer weltweiten deflationären Spirale sind wohl kaum mehr von der Hand zu weisen.

Eine globale Finanz- und Wirtschaftskrise mit deflationären Gefahren stellt einen Strukturbruch in der längerfristigen Entwicklung seit den 1980er Jahren dar. Das „neoliberale“ Entwicklungsmodell der Deregulierung der Arbeitsmärkte, des Abbaus (sozial)staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsprozess, der Umverteilung von den (unteren) Arbeitseinkommen zu den hohen Managergehältern und den Gewinneinkommen sowie der Deregulierung der internationalen Finanzmärkte hat zwar in einigen entwickelten Industrieländern, z. B. in den USA und Großbritannien, in Kombination mit einer dort praktizierten expansiven makroökonomischen Politik zu hohen Wachstumsraten und

geringer Arbeitslosigkeit geführt. Es hat auch für die Weltwirtschaft insgesamt, mit den USA als Konjunkturlokomotive, einer langen Phase der Prosperität nicht im Wege gestanden. Dieses Modell beruhte jedoch gleichzeitig auf erheblichen Ungleichgewichten auf nationaler und internationaler Ebene, die die gegenwärtige Krise hervorgeufen haben.

» Als Ergebnis dieses Prozesses und der gegenwärtigen Krise werden die USA als Weltkonjunkturlokomotive auf absehbare Zeit ausfallen. Es stellen sich daher hohe Anforderungen an die Wirtschaftspolitik der Länder, die in der Vergangenheit als Trittbrettfahrer der von den USA gezogenen Weltkonjunktur hohe Leistungsbilanzüberschüsse realisiert haben. Dies gilt zum einen für Japan und China in Asien und zum anderen insbesondere für den Exportweltmeister Deutschland.

□ 2. Langfristige Ungleichgewichte eines finanz-dominierten Kapitalismus als Ursache der gegenwärtigen Krise

Die gegenwärtige Krise wird häufig auf das Fehlverhalten einzelner FinanzmarktakteurInnen und einen Mangel an Regulierung auf diesen Märkten zurückgeführt. Dies ist zwar einerseits richtig, andererseits aber nur ein Teil des Problems. Der andere Teil besteht in den langfristigen gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten, die in den USA mit der verstärkten Finanzmarkt-Orientierung seit Beginn der 1980er Jahre auf nationaler Ebene aufgebaut wurden, die aber gleichzeitig auf weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten beruhten und diese verstärkten.

□ 2.1 Instabile Konsum getragene Dynamik in den USA

Die verstärkte Finanzmarktorientierung in den USA seit Beginn der 1980er Jahre war mit erheblichen Einkommensumverteilungsprozessen verbunden. Zum einen führte die hohe Arbeitslosigkeit in den 1980er Jahren sowie die mit einer verstärkten Shareholder-Value-Orientierung des Managements von Kapitalgesellschaften verbundene Politik des „downsize and distribute“ dazu, dass der Druck auf die Verteilungsansprüche der abhängig Beschäftigten zunahm und der abnehmende Trend der Arbeitseinkommensquote, der in den USA bereits zu Beginn der 1970er Jahre begann, sich bis in die Gegenwart fortsetzte. Zum anderen nahm die Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung insbesondere aufgrund steigender Gehälter für Spitzenmanager dramatisch zu.

» Vor dem Hintergrund dieser Verteilungsentwicklung blieb die reale Investitionstätigkeit des Unternehmenssektors mit Ausnahme des New-Economy-Booms in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre jedoch schwach. Seit Beginn der 1980er Jahre kann man eine Entkopplung von privaten Investitionen und Profiten bei gleichzeitig dynamisch steigenden Aktienkursen (bis zum Platzen des New-Economy-Booms im Jahr 2000) beobachten. Die schwache private Investitionstätigkeit lässt sich dabei zum einen durch die zunehmende Kurzfristorientierung eines auf Shareholder-Value-Maximierung fixierten Managements von Kapitalgesellschaften erklären, die zulasten von erst langfristig rentablen realen Investitionsprojekten geht. Zum anderen haben ein ansteigender Anteil von Dividendenausschüttungen an den Profiten sowie zunehmende Aktienrückkäufe zwecks Stabilisierung der Aktienkurse auf hohem Niveau die internen Finanzierungsmittel für reale Investitionen ausgezehrt.



Eine Konstellation der „Profite ohne Investitionen“ kann gesamtwirtschaftlich jedoch nur entstehen, wenn geringe Investitionen durch einen hohen Konsum aus Profit- oder Lohn-einkommen, durch ein hohes staatliches Budget-defizit oder durch einen hohen Leistungsbilanz-überschuss kompensiert werden. In den USA wurde die stagnative Tendenz, die die Finanzmarkt-orientierung auf die realen Investitionen ausübt, insbesondere durch einen hohen und steigenden privaten Konsum kompensiert. Seit Beginn der 1980er Jahre wurde das im internationalen Ver-gleich recht hohe Wachstum zunehmend vom privaten Konsum getragen. Phasenweise trugen auch die Staatsausgaben im Rahmen einer aktiven antizyklischen Fiskalpolitik, die bereit war, in Rezes-sionsphasen ein Haushaltsdefizit von bis zu sechs Prozent des BIP zu akzeptieren, erheblich zum Wachstum bei. Auch die Geldpolitik war stark wachstumsorientiert ausgerichtet, reagierte rasch auf konjunkturelle Abschwünge, hielt die Zins-sätze niedrig und stabilisierte so die (Konsum-) Nachfrage.

Bei schwacher Entwicklung der Arbeitseinkom-men war eine dynamische Konsumententwicklung jedoch nur durch einen drastischen Rückgang der Sparquote sowie durch eine zunehmende Ver-schuldung der privaten Haushalte möglich. Der Aktienmarktboom in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und der nachfolgende Immobilienboom mit den damit vermeintlich generierten Kredit-Sicher-heiten, die Liberalisierung der Kreditstandards sowie der Trend hin zu Verbriefungen von Krediten („originate and distribute“) machten diese Entwick-lung möglich. Der Boom des vermögensbasierten und kreditfinanzierten Konsums erfasste dabei zunächst die einkommensstarken Haushalte, seit der Jahrtausendwende dann aber auch die ein-kommensschwachen Haushalte. Dieses Markt-segment – die zweitklassigen Hypothekenkredite (subprime mortgages) – wurde dann zum Krisen-auslöser.

Insgesamt haben sich in den USA seit den 1980er Jahren, also unter der Oberfläche einer scheinbar robusten vom Konsum getragenen Dynamik, die durch eine expansiv ausgerichtete Geld- und Fiskalpolitik stabilisiert wurde, erheb-liche Ungleichgewichte aufgebaut. Bei schwacher Investitionstätigkeit verschuldeten sich die priva-ten Haushalte im Rahmen des kreditfinanzierten Konsumbooms insbesondere seit der Jahrtausend-wende dramatisch. Der Finanzierungssaldo des Staates bewegte sich wegen der aktiven anti-zyklischen Fiskalpolitik ebenfalls deutlich in den nega-tiven Bereich. Dem standen hohe Leistungsbilanz-defizite der USA und damit verbundene Kapital-importe gegenüber.



Eine solche Konstellation ist außerordent-lich fragil, weil sie binnenwirtschaftlich auf ständig steigende Vermögenspreise setzen muss, die eine steigende Verschuldung der priva-ten Haushalte und damit die Verstetigung eines kreditfinanzierten Konsumbooms ermöglichen. Außenwirtschaftlich sind in einer solchen Konstel-lation deutliche Abwertungstendenzen des US-Dollar, die zwecks Verbesserung der Konkurrenz-fähigkeit der US-Industrie eigentlich erforderlich gewesen wären, zu verhindern, um so einen steti-gen Netto-Kapitalzufluss in das Land zu gewähr-leisten. Bei einem Zusammenbruch dieser Konstel-lation, wie in Folge der „subprime mortgage“-Krise und des konjunkturellen Abschwungs, sind dann nicht nur die USA selbst betroffen, sondern auch die Kapitalexporthure in die USA, d.h. die Länder mit überschüssigen Leistungsbilanzen: zum einen unterliegen die hochverzinslich und risikoreich angelegten Kapitalexporte in die USA direkt den Entwertungsprozessen durch die Finanzkrise, wo-durch diese Krise dann auch auf die Überschuss-länder übergreift. Zum anderen brechen die Märkte für die Exporte weg, wodurch auch die konjunk-turelle Talfahrt internationalisiert wird.

□ 2.2 Dysfunktionaler Neo-Merkantilismus in Deutschland

Die makroökonomische Entwicklung in Deutschland stellt, neben der in China, Japan und den anderen Überschussländern, ein Gegenstück zu der in den USA dar. Auch in Deutschland hat sich vor dem Hintergrund einer seit Beginn der 1980er Jahre in der Tendenz deutlich rückläufigen Arbeits-einkommensquote und einer zunehmend unglei- cheren personellen Einkommensverteilung in den 1990er Jahren eine Auseinanderentwicklung von Profiten und Investitionen etabliert. Die verstärkte Finanzmarktorientierung seit den 1990er Jahren (1991: Abschaffung der Börsenumsatzsteuer; 1998: Legalisierung von Aktienrückkäufen, 2002: Abschaf- fung der Steuer auf Gewinne aus Beteiligungs- verkäufen durch Kapitalgesellschaften, 2004: Zu- lassung von Hedgefonds) dürfte dabei in dieser Phase zur realen Investitionsschwäche beigetragen haben. Insbesondere der restriktive makroökono- mische Politik-Mix aus Geld-, Fiskal- und Lohnpoli- tik und die hierdurch verursachte Binnennachfra- geschwäche war jedoch wesentlicher Grund für die Investitions- und Wachstumsschwäche, ins- besondere nach dem Einbruch 2000/01. Die Politik der „strukturellen Reformen“ auf dem Arbeitsmarkt und bei den sozialen Sicherungssystem (Agenda 2010 und Hartz-Gesetze), die damit erzeugte Un- sicherheit, die gezielte Subventionierung der pri- vaten Kapital gedeckten Altersvorsorge („Riester-“ und „Rürup-Renten“) sowie die mit der schwachen Lohnentwicklung verbundene Umverteilung zu Lasten der Arbeitseinkommen haben seit 2001 zu einem Wiederanstieg der in den 1990er Jahren gefallenen Sparquote der privaten Haushalte ge- führt und so die Konsumnachfrage geschwächt. Der Lohnzurückhaltungsdruck auf die Gewerk- schaften hat zudem für im Euro-Raum weit unter- durchschnittliche Inflationsraten gesorgt, wodurch Deutschland deutliche höhere Realzinsen als der Rest des Euroraums aufwies und so besonders negativ von der wenig wachstumsfreundlichen Zinspolitik der Europäischen Zentralbank betrof- fen war. Und die Versuche der Finanzpolitik, in einer Schwächephase durch Ausgabenkürzungen den öffentlichen Haushalt zu sanieren, haben die

Nachfrageschwäche verstärkt, ohne das Konsoli- dierungsziel erreichen zu können.

Einzigste Triebkraft der im internationalen Ver- gleich geringen Wachstumsraten blieben in Deutschland die hohen und steigenden Exportüber- schüsse. Der Anteil der nominalen Exporte am BIP verdoppelte sich von 24 Prozent im Jahr 1995 auf über 48 Prozent im Jahr 2008 und der Leistungsbi- lanzüberschuss stieg nach dem Abschwung 2000/01 wieder deutlich über vier Prozent des BIP und damit wieder auf den Anteil vor der deutschen Vereini- gung. Ursache für die eskalierenden Exportüber- schüsse war zum einen die extreme Lohnzurückhal- tung, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produzenten auf internationalen Märk- ten stetig verbesserte, zum anderen die binnenwirt- schaftliche Nachfrageschwäche, wodurch die Im- porte deutlich hinter den Exporten zurück blieben.

Deutschland stellte damit insbesondere seit der Jahrtausendwende, wie schon in den 1970er und 1980er Jahren, das Gegenstück zur US-ameri- kanischen Entwicklung dar. Hier wurde die schwache Investitionstätigkeit nicht durch den Konsum kompensiert, sondern die deutsche Wirt- schaft verzeichnete hohe und steigende Leistungs- bilanzüberschüsse. Der Finanzierungssaldo des Staates war seit Beginn der 1990er Jahre zwar durch- gehend negativ. Anders als in den USA waren die öffentlichen Haushaltsdefizite jedoch nicht das Ergebnis einer aktiv stabilisierenden Fiskalpolitik, sondern das gesamtwirtschaftliche Resultat einer restriktiven Fiskalpolitik in einer wirtschaftlichen Schwächephase. Während das dynamische, vom Konsum getragene US-Modell auf der Verschul- dungsbereitschaft und den Verschuldungsmögli- chkeiten der privaten Haushalte beruhte, liegen dem weitaus weniger dynamischen deutschen neo-mer- kantilistischen Modell die Verschuldungsbereit- schaft und -möglichkeiten des Auslandes zu Grun- de. Dieses Modell ist dabei nicht weniger fragil als das US-amerikanische: Zum einen hängen die nur moderaten Wachstumsraten von einer gut gehen- den Weltkonjunktur ab, zum anderen bestehen auch immer hohe Ansteckungsgefahren bei Finanz- krisen in den Zielländern der Kapitalexporte. ▶

□ 3. Kurzfristige Reaktionen der Wirtschaftspolitik auf die Krise

Auf die Finanzkrise wurde im Herbst 2008 sowohl in den USA als auch in Deutschland und Europa rasch reagiert: Die Zentralbanken stabilisierten als „lender of last resort“ den Geldmarkt und der Staat stützte durch Garantien und durch staatliche Beteiligungen den Bankensektor. Die konkrete Ausgestaltung dieser Maßnahmen unterliegt dabei einem bisher nicht abgeschlossenen „trial and error“-Verfahren und soll hier aus Platzgründen nicht weiter diskutiert werden.

» Die Reaktionen auf den konjunkturellen Abschwung folgten jedoch in den USA sowie in Deutschland und im Euro-Raum letztlich wieder dem aus den vergangenen 20 Jahren bekannten Muster: Während sich in den USA die Geld- und Finanzpolitik sehr frühzeitig und massiv gegen die Krise stemmten, reagierten sie in Europa und Deutschland mit großer Verzögerung und in sehr viel geringerem Ausmaß. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen der letzten Jahre ist allerdings immerhin das Umschwenken der deutschen Bundesregierung auf eine kräftige antizyklische Finanzpolitik, wie sie im geplanten zweiten Konjunkturpaket enthalten ist, bemerkenswert.

In den USA senkte die amerikanische Zentralbank Federal Reserve seit dem Sommer 2008 ihren Leitzins von 5,25 Prozent in aggressiver Manier auf mittlerweile nur noch 0 - 0,25 Prozent. Gleichzeitig schaltete die Finanzpolitik schon zum Beginn des Jahres 2008, vor allem durch die Versendung von Steuerschecks, die den privaten Konsum stabilisieren halfen, massiv auf Expansion um. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit stieg von 2,9 Prozent des BIP im Jahr 2007 auf 5,3 Prozent im Jahr 2008. Trotz dieses für deutsche Verhältnisse fast unvorstellbar hohen Defizits und einer absehbaren konjunkturbedingten weiteren Ausweitung in diesem Jahr, plant der neue US-Präsident Obama mit Unterstützung fast der gesamten amerikanischen ÖkonomenInnenzunft ein zusätzliches gigantisches Kredit finanziertes Konjunkturprogramm mit massiven

Ausgabensteigerungen bei öffentlichen Investitionen und im sozialen Bereich sowie weiteren Steuerensenkungen im Umfang von insgesamt über sechs Prozent des BIP. Das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit könnte in diesem wie im nächsten Jahr durchaus in einer Größenordnung von zehn Prozent des BIP liegen. Es bestehen mithin gute Chancen, dass der Abschwung der US-Ökonomie kurzfristig zumindest einigermmaßen wirksam gebremst wird.

» Im Euro-Raum dagegen erwies sich die Europäische Zentralbank erneut in unverantwortlicher Art und Weise als wachstums- und beschäftigungspolitische Bremse. Obwohl im Sommer 2008 der starke Abschwung für jeden ersichtlich war und die relativ hohen Inflationsraten erkennbar lediglich dem starken Ölpreisanstieg ohne drohende Zweitrundeeffekte geschuldet waren, erhöhte sie im Juli ihren Leitzinssatz noch einmal um 0,25 Prozentpunkte auf 4,25 Prozent. Erst Mitte Oktober begann sie dann mit Zinssenkungen auf nun zwei Prozent, die jedoch angesichts der Schärfe der Krise und den aggressiven Reaktionen der anderen Zentralbanken äußerst zaghaft ausfielen.

Für die durch den Stabilitäts- und Wachstums-pakt beeinträchtigten europäischen Verhältnisse reagierte die Europäische Kommission unerwartet angemessen, indem sie im letzten November ein international abgestimmtes European Economic Recovery Programme in einer Dimension von 1,5 Prozent des EU-BIP für 2009 forderte. Nach längerem Zögern, einem kosmetischen ersten Konjunkturpaket und dem untauglichen Versuch, ohnehin geplante Maßnahmen als konjunkturelle Stützungsaktion zu deklarieren, hat die Bundesregierung im Januar schließlich nach internationalem Drängen ein zweites Konjunkturpaket beschlossen, das nun in die parlamentarische Beratung geht. Insgesamt wird der Staat die Konjunktur in diesem und im nächsten Jahr mit expansiven Maßnahmen in der Größenordnung von 1,4 Prozent bzw. 1,7 Prozent des BIP stützen. Man kann an diesem Paket viel kritisieren. Die meisten Maßnahmen werden erst in der zweiten Jahreshälfte, der größere Anteil

sogar erst 2010, wirksam werden. Zudem enthält das Paket einen zu geringen Anteil an Steuererhöhungen bei den öffentlichen Investitionen und einen zu hohen Anteil an unbefristeten Steuer- und Abgabensenkungen, die konjunkturpolitisch wenig effektiv sind und dauerhaft ein Loch in die öffentlichen Kassen reißen werden. Auch wenn das Paket aufgrund des schlechten Timings und der Fehler in der Struktur in seiner Wirkung stark eingeschränkt ist, wird es dennoch die Schärfe des Abschwungs in Deutschland spürbar dämpfen. Und politisch ist die Reaktion der Bundesregierung umso bemerkenswerter, als ihre Vorgängerin unter sozialdemokratischer Führung noch mit Sparprogrammen und drastischem Sozialabbau auf den letzten Abschwung glaubte reagieren zu müssen.

□ 4. Anforderungen an eine langfristige Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik

So optimistisch die Bankenrettungspakete sowie die konjunkturpolitischen Aktivitäten der meisten Zentralbanken und Regierungen bei oberflächlicher Betrachtung auch stimmen mögen, so klar ist doch, dass sie nicht ausreichen werden, die in Abschnitt 2 beschriebenen fundamentalen Ungleichgewichte zu beheben. Hierzu bedarf es zum einen einer grundlegenden Reregulierung des Finanzsektors, der auf seine wesentliche makroökonomische Aufgabe – die Finanzierung von realen Investitionen – hin ausgerichtet werden muss.

Zum anderen bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung der makroökonomischen Politik vor allem in den bisherigen Überschussländern wie Deutschland, China und Japan, um die globalen Ungleichgewichte abzubauen. Auch wenn die USA sich nun mit aller Macht gegen die Rezession stemmen, werden sie für längere Zeit nicht mehr die Rolle der internationalen Konjunkturlokomotive übernehmen können. Da die Verschuldung der privaten Haushalte abgebaut werden muss, wird der private Konsum mittelfristig als dynamische Antriebsquelle für die US-Konjunktur ausfallen. Der Staat mag den damit einhergehenden Nach-

frageausfall kurzfristig durch die Konjunkturprogramme zum Teil kompensieren können, er wird aber nicht dauerhaft zweistellige Haushaltsdefizite in Relation zum BIP fahren können. Daher wird mittelfristig die Bedeutung der Importe fallen, was für die Korrektur des extremen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts auch dringend notwendig ist.

Die bisherigen Überschussstaaten werden sich daher nicht mehr darauf verlassen können, ohne größere eigene Anstrengungen durch eine anziehende Weltkonjunktur aus der Krise gezogen zu werden. Sie werden verstärkt eigene Anstrengungen unternehmen müssen, ihr binnenwirtschaftliches Wachstum zu stärken. Für Deutschland und Europa werden befristete Konjunkturpakete hierzu kaum ausreichen. Erstens sind sie viel geringer dimensioniert als in den USA und vertrauen damit einmal mehr auf die alte Konjunkturlokomotive. Zudem drohen allein aufgrund des Wegfalls der befristeten Impulse oder gar der Implementation von so genannten Schuldenbremsen wahrscheinlich viel zu früh restriktive Impulse durch die Finanzpolitik. Damit könnte man Gefahr laufen, aufgrund einer „stop and go“-Politik in japanische Verhältnisse zu fallen.

Notwendig ist daher eine fundamentale Neuausrichtung der deutschen und europäischen Wirtschaftspolitik: Die EZB muss neben der Stabilisierung des Finanzsektors endlich auch die Wachstums- und Beschäftigungswirkungen ihrer Geldpolitik in den Blick nehmen und eine Politik geringer Zinssätze verfolgen. Die Finanzpolitik muss den expansiven Impuls solange aufrechterhalten, wie die private Nachfrage für ein befriedigendes Beschäftigungsniveau unzureichend ist. Sie muss insbesondere die öffentlichen Investitionen dauerhaft auf einem hohen Niveau verstetigen, anstatt einen makroökonomisch irrationalen Konsolidierungskurs zu fahren. Schließlich ist auch in der Lohnpolitik ein Paradigmenwechsel notwendig. An die Stelle einer neo-merkantilistischen und durch Arbeitsmarktderegulierung erzwungenen Strategie der Lohnzurückhaltung muss

eine binnenwirtschaftliche Strategie der Ausschöpfung des Verteilungsspielraums aus langfristigem Produktivitätswachstum und Zielinflationsrate der Zentralbank treten.

» Ob es tatsächlich zu dem notwendigen Paradigmenwechsel kommen wird, ist aufgrund der – besonders in Deutschland – weit verbreiteten Vorbehalte gegen eine koordinierte makroökonomische Politik und des zu erwartenden heftigen Widerstands der ProfiteurInnen des „neoliberalen“ Regimes noch völlig unklar. Gelingt eine solche grundlegende Umsteuerung jedoch nicht, so besteht die Gefahr, dass sich das gegenwärtige Konjunkturprogramm tatsächlich nur als „Strohfeuer“ erweist. Angesichts des offensichtlichen Versagens der bisherigen Wirtschaftspolitik und ihrer ProtagonistInnen standen jedoch die Chancen für einen Paradigmenwechsel seit langem nicht mehr so gut. Es lohnt sich, dafür zu streiten. ■

☞ PD Dr. Eckhard Hein ist Leiter des Referates allgemeine Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

☞ Dr. rer. pol. Achim Truger ist Leiter des Referates Steuer- und Finanzpolitik im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Literatur

- Hein, E., Truger, A. 2007: Die deutsche Wachstums- und Beschäftigungsschwäche im europäischen Kontext – ein Lehrstück makroökonomischen Missmanagements, in: Chaloupek, G., Hein, E., Truger, A. (Hg.), Ende der Stagnation? Wirtschaftspolitische Perspektiven für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, Wien: NexisLexis, 43-63.
- Hein, E., van Treeck (2008): Finanzmarktorientierung – ein Investitions- und Wachstumshemmnis?, IMK Report, Nr. 26/2008 (Januar), Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans Böckler Stiftung.
- Horn, G., Hohfeld, P., Truger, A., Zwiener, R.: Höheres Tempo erforderlich. Zu den Wirkungen des Konjunkturpakets II, IMK Policy Brief, Januar 2009, Düsseldorf: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans Böckler Stiftung.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik

55

Demokratie und globale Wirtschaftskrise

Finanzmarkt-Kapitalismus, Wirtschaftsdemokratie, öffentlicher Sektor, Verteilungsgerechtigkeit, Gleichberechtigung, Geschlechterdemokratie: Erwerbsarbeit und Familie; Postdemokratie, Gewerkschaften; Pensionskassen; Zukunft der Demokratie und politische Bildung; SVP contra Rechtsstaat

M.R. Krätke, H. Schläppi, H.-J. Bontrup, H. Schul, W. Spieler, A. Demirović, F.O. Wolf, G. Notz, Th. Wüthrich, K. Détra, W. Halner, U. Marti, S. Da Rin, S. Künzli, M. Spescha

Diskussion

H.-J. Burchardt: Die Herausforderung Lateinamerika
R.Rey: Demokratische Entwicklungen
B. Ringer: Chavismo und Demokratie in Venezuela
S. Ben Néfissa: NGO, Staat, Zivilgesellschaft

240 Seiten, € 16.– (Abo. € 27.–) zu beziehen im Buchhandel oder bei WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8031 Zürich Tel./Fax 0041 44 273 03 02 vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Buch zur Geschichte des Jugendwerkes der AWO

Autor Marcus Mesch liefert im ersten Buch zur Geschichte des Kinder- und Jugendverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) auf 236 Seiten einen umfassenden Überblick, von den Wurzeln des Jugendwerkes der AWO, über die Gründungsmotive und die Gründung bis zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms im Jahr 2000.



Preis: 10 € pro Exemplar (zzgl. Versandkosten)

Bestellungen an:
AWO-Bundesverband e.V.
Verlag & Vertrieb
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Fax: 030/2630932258
E-Mail: verlag@awo.org



Infos: Bundesjugendwerk der AWO
Fon: 030/2592728-50
E-Mail: info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de